

## 4. Gegendarstellung: Öffentlichkeit

Die Kommunikation von „Parteiinterna“ in der Presseöffentlichkeit wird von den Antragstellerinnen als Hauptvorwurf gegen mich formuliert. Umso mehr wundert es, dass diesem Vorwurf im Anklageschreiben keine zusammenfassende Darstellung gewidmet ist. Der Abschnitt III steht wohl unter der Überschrift *Parteiinterna*, subsummiert allerdings gänzlich unterschiedliche Vorwürfe: Es geht zum einen um eine Interpretation meiner Presseinitiativen, die allerdings keiner systematischen Betrachtung, sondern einem voreingenommenen Eindruck entspringt. Zum anderen wird meine vereinzelt Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit auf der Homepage des KV Trier-Saarburg dargestellt. Desweiteren ziehen die Antragsteller/innen aus einem Dokument, das ihnen nicht zugänglich sein dürfte, nämlich dem Brief von Ulrich Maurer, inhaltlich falsche Schlüsse. Im gesamten Unterpunkt *III. Parteiinterna* wird von den Antragsteller/innen, ebenso wie in den verteilten Behauptungen in anderen Teilen der Anklageschrift, kein einziges Beispiel genannt, das nachvollziehbar aufzeigen ließe, dass ich Parteiinterna medienwirksam in der Presse platziert hätte.

Meine Gegendarstellung zum Thema *Öffentlichkeit* behandelt das Thema der Kommunikation von Parteiinhalten unter verschiedenen Aspekten. Die Punkte 4.1. bis 4.3. lassen nachvollziehen, weshalb meine zahllosen innerparteilichen Lösungsversuche (4.4.) entweder nicht bekannt wurden (4.3) oder nicht fruchten konnten, weil die innerparteiliche Kommunikationsstruktur mir gegenüber (4.1) und auch allgemein abgebrochen wurde (4.2.). Punkt 4.5. lässt darstellen, wie als Ausdruck innerparteilicher Querelen von beiden Seiten Presseöffentlichkeit hergestellt wurde. Als Kreisvorsitzender bis Mai 2010 und als Stadtrat habe ich sehr wohl auch ein eigenständiges Recht, Pressemitteilungen zu lancieren.

Es wurde bereits an in den Ausführungen zur Fraktion unter 2.1. deutlich, dass besonders an einer Schnittstelle des Fraktionskonflikts – nämlich unmittelbar nach dem LaVo-Beschluss Mitte März 2010 der OV und Katrin Werner – entgegen der Vorgabe in dem LaVo-Beschluss - eine Presseöffentlichkeit gegen meine Person hergestellt haben. Eine für mich ungünstige Presse durch die Presseinitiativen oder durch Falschbehauptungen von OV, Katrin Werner und Gleißner könnte dann für mich gleichermaßen ein Anlass für ein Parteiausschlussverfahren dieser Genoss/inn/en sein, wenn ich die Logik des vorliegenden, gegen mich gerichteten Parteiausschlussverfahrens übertragen würde! (So ein anmaßendes Handeln liegt mir allerdings fern.)

Unter 4.6. wird dargestellt, dass es Katrin Werner und Marc-Bernhard Gleißner seit einem Jahr ausschließlich darum ging, meine Öffentlichkeitsarbeit als KV-Vorsitzender und als Stadtrat zu verhindern. Dazu seien exemplarisch die begrenzenden Aktivitäten um Veröffentlichungen meinerseits auf einer Kreis- und Fraktionsseite zusammengefasst. Gegebenenfalls ist der jetzt in der Parteiausschlusschrift formulierte Vorwurf, dass ich Parteiinterna nach außen trüge, genau vor dem Hintergrund dieses Kontrollbedürfnisses in der Gleichsetzung *Partei = Kreisverband Trier-Saarburg (egal ob er sich satzungskonform gibt oder nicht) = bestimmte Genoss/inn/en* zu verstehen. Die Unterpunkte 4.7. und 4.8. orientieren sich an den wenigen verstreuten Textstellen zum Thema.

- 4.1. Einseitige Kommunikationsblockade seitens Werner
- 4.2. Zusammenbruch der Parteiarbeit in KV und OV
- 4.3. Politische Passivität und Aktivität einiger Antragsteller/innen
- 4.4. Innerparteiliche Problemlösungsversuche

- 4.5. Öffentliche Kommunikation als Ausdruck innerparteilicher Konflikte
- 4.6. (Behinderte) Öffentlichkeitsarbeit als KV-Vorsitzender und Stadtrat
- 4.7. Gegendarstellung an einigen Textstellen
- 4.8. Stellungnahme zu meiner Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit des KV und OV

#### 4.1. Einseitige Kommunikationsblockade seitens Werner

##### Abbruch innerparteilicher Absprachen seitens Werner

Eine gemeinsame politische Arbeit zwischen Katrin Werner und mir für die Partei DIE LINKE in Kreisverband und Stadtrat ist durch das einseitige Abbrechen der innerparteilichen Kommunikation seitens Katrin Werner seit ca. einem Jahr vollkommen unmöglich geworden.

Hatte Katrin Werner im Herbst 2009 noch durch Verzögerung und Ausreden eine Kommunikation mit mir als Mit-Kreisvorsitzenden und als Stadtrat aufrechterhalten, beantwortet sie seit Januar 2010 Werner Anfragen im Grunde nicht mehr.

In den wenigen OV- und KV-Sitzungen sprechen wir nicht direkt miteinander, es kommt allerdings auch zu eindeutigen Aussagen und Beschimpfungen ihrerseits (Am 6.5. 2009 gegenüber meiner Frau auf deren Frage, warum Werner nicht einfach zu Fraktionssitzungen und Treffen käme: „Mit Hanno setze ich mich nie mehr in einen Raum“ - 10. 5. 2010 zu mir statt einer Begrüßung: „Dir drohe ich mit dem Rechtsanwalt.“) und gegenüber meiner Frau „Ihr seid die schrecklichste Familie in Trier“.

Bei kreisübergreifenden politischen Veranstaltungen behandelt sie mich wie Luft. Allein wenn ich sie im öffentlichen Raum in Trier und im Beisein anderer Parteien und der Presse anspreche (z.B. im Ortsbeirat oder im Stadtrat), erhalte ich eine gewisse Reaktion.

Ich gewöhnte mir zwischenzeitlich aus rein pragmatischen Gründen an, diese Öffentlichkeit von Sitzungen zu nutzen, um überhaupt eine Antwort auf wichtige Fragen zu erhalten. Deutlich wird die Misere dieser Kommunikationsblockade Werners an der Situation, die auf einem aktuellen Foto im Trierischen Volksfreundes abgelichtet ist:

Ich hatte Frau Werner vor einer Stadtratssitzung einen Kommentar zum Lesen gegeben, damit sie mit mir gegen die Privatisierungstendenzen im Kindertagesstättenbereich (Und ein klassisches linkes Thema!) abstimmt. Ich hatte ihr Abstimmungsverhalten eine Woche vor der Ratssitzung per E-Mail erfragt, keine Antwort erhalten. In einer zufällig kurz vor Stadtratssitzung liegende Sitzung des Ortsbeirats Kürenz nutzte ich dann die Gelegenheit sie noch einmal darum zu bitten. Wenige Stunden vor der Ratssitzung erhielt sich dann eine Mail, die mich als Lehrer an einer Ganztagschule nicht mehr erreichte und mir dann telefonisch von zu Hause aus noch kurz vor knapp übermittelt wurde.

In der auf dem Foto abgelichteten Situation wollte ich Katrin Werner noch darüber informieren, nicht –wie sie beabsichtigte- *für*, sondern mit mir *gegen* die Privatisierungstendenz zu stimmen. Sie hat dann wohl nicht dagegen gestimmt, sich aber enthalten, obgleich sie die Argumentation im Kommentar gelesen hatte und diese mit

Der gesamte E-Mail-Verkehr könnte als schriftlicher Beleg herangezogen werden.

Nicht belegbare Äußerungen von Katrin Werner im Mai 2010

[Beleg 4.1.1](#)  
Foto im TV-Artikel  
30.7.2010

[Beleg 4.1.2](#)  
Protokoll Stadtratssitzung vom  
29.6.2010

der linken Idee konform ist, in der frühkindlichen Bildung nicht auf eine private Billig-Pädagogik im Tagesmüttersystem zu bauen! Vor allem, wenn es in der Innenstadt einen Überhang an Krippenplätzen gibt. Auf dem Foto gibt sie mir den Kommentar, den ich ihr gegeben hatte, zurück.

Katrin Werner reagiert selten, nach vielen Ansprachen, extrem verzögert oder gar nicht. Seit Januar geht nie eine Kontaktinitiative von ihr aus, davor in 2009 selten. Die Kommunikationsblockaden seien am E-Mail-Verkehr seit Januar 2009 belegt: Über 100 Mails meinerseits stehen 15 Mails ihrerseits gegenüber, die nicht Rundmails sind. Es handelt sich dabei nur um (kurzsilbige) Antworten, auch wenn das (Re:) fehlt. Antworten übermitteln auch Wahlkreismitarbeiter. Und es handelt sich nur um Antworten zu sehr formalen Anfragen. Inhaltliche und politische Absprachen sind seit Beginn der Fraktion aufgrund ihres Nicht-Einhaltens des Fraktionsvertrags nicht möglich.

Wichtige Anfragen meinerseits ignoriert Katrin Werner vollständig. So habe ich keine Antworten auf die Fragen nach meinem Fraktionsaustritt, ihrem Bestreben, wieder einzutreten oder nach der Vertretung von Genossen und Genossinnen in Ausschüssen und Gremien erhalten. Alle meine Gesprächsangebote zur Neubildung einer Fraktion beantwortet sie grundsätzlich nicht, wie bereits unter 2.1. und 2.2. zum Thema Fraktion dargestellt.

Im Gegensatz zu der Darstellung im Anklageschreiben erfahre ich über die Gründe zu ihrem Fraktionsaustritt und ihrer grundsätzlichen Gesprächsbereitschaft ausschließlich über die Presse, nie in der innerparteilichen Kommunikation.

Anfragen von Mitgliedern nach Terminen von Sitzungen wurden grundsätzlich von KV und OV-Vorsitzenden nicht beantwortet, wenn die Mitglieder zu meinem Unterstützernetzwerk gezählt werden. Termine von Sitzungsterminen wurden auf der Homepage [www.die-linke-trier](http://www.die-linke-trier) bis zur Neuwahl des KV nicht veröffentlicht.

### **Kommunikationsabbruch als Umgang mit Meinungsunterschieden**

Üblicherweise wird der Kommunikationsabbruch mit meinem Verhalten begründet. Auch im Anklageschreiben wird ein negativer Charakter meinerseits für die Probleme ursächlich genannt (dazu mehr unter 5.).

Nun gehöre ich nicht zu den einzigen Menschen, die mit Katrin Werner einen Konflikt haben und die mit Kommunikationsabbruch „bestraft“ werden. Zudem hatte ich die Gelegenheit, den Politikstil von Katrin Werner 3 Jahre lang zu beobachten.

Insgesamt kommuniziert Katrin Werner selten selbst. Genossen und Genossinnen übernehmen das politische Positionieren und auch das Austragen von Konflikten. Mit Genossen und Genossinnen, die anderer Meinung sind und mit denen sich deshalb ein Diskussions- und Klärungsbedarf ergäbe, kommuniziert sie allerdings prinzipiell nicht mehr. Der Kommunikationsabbruch ist ihre Art, Konflikte scheinbar zu umgehen. Das wissen alle Genossen im KV-Trier-Saarburg, die über politische Sachverhalte anderer Meinung waren.

Mir ist aus der Presse und durch ausführliche Mitteilungen bekannt, dass eine Konfliktklärung in anderen Kreisverbänden an ihrer Kommunikationslosigkeit und ihrer

[Beleg 4.1.3](#)  
1.1.-18. 8.2010  
E-Mail Ausgang  
Werner

[Beleg 4.1.4](#)  
E-Mail Eingang  
Werner

[Beleg 4.1.5](#)  
Unbeantwortete  
E-Mails vom  
21.3.2010 an  
Werner (nur Beispiel)

[Beleg 4.1.6](#)  
Unbeantwortete  
E-Mails vom  
14.8.2010 an  
Werner (nur Beispiel)

[Beleg unter 2.1:](#)  
Gründe für Fraktionsaustritt: TV vom 8.3.2010

[Beleg unter 2.1:](#)  
Gesprächsbereitschaft: TV vom 12.7.2010

[Beleg 4.1.7](#)  
Unbeantwortete  
Anfragen nach  
Sitzungsterminen  
vom 12.5.2010  
(Beispiele)

[Beleg 4.1.8](#)  
TV vom 28.3.2010  
über die Konflikte  
im KV Bernkastel-  
Wittlich

emotionalen Labilität (Emotionale Gefühlsausbrüche als Weinen zur Abwehr von Konfliktsituationen) scheitern. Viele Nachbarkreisverbände haben die Kommunikation aufgrund der Schwierigkeiten mit Katrin Werner mit dem KV Trier-Saarburg abgebrochen und über mich als KV-Vorsitzenden vor ca. einem Jahr überhaupt erst wieder aufgenommen und bis heute durch die Einladung zu Regionalkonferenzen aufrechterhalten („Nordlichter“-Konferenzen).

Das Diskussionspapier für die Moderationsgespräche mit Heinz Bierbaum in Mainz vom 22.8.2010 formuliert die gleichen Kritikpunkte, die bisher genannt wurden. Wenn 11 Kreisvorsitzende dieses Papier mit unterstützen, wird überdeutlich, dass mein Verhalten nicht – wie die Antragsteller/innen unterstellen – allein auf mein Fehlverhalten zurückzuführen ist! In dem aktuellen Positionspapier heißt es:

Das Interesse der stellvertretenden Landevorsitzenden, ihren Sitz im Stadtrat und ihren bestimmenden Einfluss auf die örtlich Kommunalpolitik um jeden Preis zu erhalten und auszubauen, dominiert und lähmt die gesamte politische Arbeit. Auch für Außenstehende und für die lokale presse ist völlig unübersehbar, dass Katrin Werner den für ernsthafte großstädtische Kommunalpolitik notwendigen Zeit- und Arbeitsaufwand schon aus objektiven Gründen nicht aufbringen kann.

**Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Kommunikationsblockade gegen meine Person seitens Werner als Mit-KV-Vorsitzende und Mit-Stadträtin dazu führte, dass ich trotz weiterer kontinuierlicher Kontaktaufnahme und Information keine innerparteiliche Kommunikation mehr führen konnte.**

Persönliche Mitteilung

Dokument liegt vor.

## 4.2. Zusammenbruch der Parteiarbeit in KV und OV

Die Parteiarbeit in Trier ist durch die Personalunion in Wahlkreisbüro, Kreisverbandsvorsitz und Ortsvorstand geprägt. Dieser Verquickung lässt sich an der Homepage und an den Vorständen deutlich machen.

Am 3. Juli 2010 hat sich trotz vorliegender anderer Bewerbungen der gesamte OV-Vorstand (bis auf den Vorsitzenden Wölfl) in den KV-Vorstand gewählt. Auch in der Öffentlichkeitsarbeit findet sich keine inhaltliche Trennung der Parteiorgane und des Wahlkreisbüros: [www.die-linke-trier.de](http://www.die-linke-trier.de) ist auch unter [www.linksfraktion-trier.de](http://www.linksfraktion-trier.de) erreichbar und trennt die Politikinhalte von Wahlkreisbüro, KV und OV nicht. Ein erst im April 2010 eingerichteter Button „Stadtrat“ fasst nur Beiträge unter dem Namen von Katrin Werner zusammen (zur Problematik Homepage siehe 4.4.).

Seit Anfang des Jahres ist im nur von wenigen Personen eng geführten KV Trier-Saarburg linke Politik nur noch unter Missachtung vieler linker Grundsätze, die auch in der Landessatzung festgelegt sind, möglich. Dies betrifft vor allem die viel zu geringe Anzahl an mitgliederoffenen Sitzungen, eine fehlende Sachorientierung in Diskussionen, die Verletzung der Rechte und Pflichten von Mitgliedern und Mandatsträgern, den abwertenden Umgang mit innerparteiliche Zusammen-schlüssen, die fehlende transparente Politikstruktur in KV und OV, die unzulängliche Dokumentation von Beschlüssen, die mangelnde Einhaltung des Fraktionsver-

Gemeinsame Homepage von Wahlkreisbüro Katrin Werner und KV Trier-Saarburg und OV Trier und Stadtrat Hermeskeil und Stadtrat Trier (nur Beiträge Katrin Werner): [www.die-linke-trier.de](http://www.die-linke-trier.de)

Beleg unter 1.:  
Landessatzung §4, §6, §7 und §27

Beleg 4.2.1  
Aufgaben von Kreis- und Ortsverbänden

trags und die fehlende Orientierung an Landesvorstandsbeschlüssen. Dazu liegen mittlerweile noch nicht bearbeitete Eingaben bei der Landesschiedsstelle vor, die allerdings nur ein Schlaglicht auf den intransparenten Politikstruktur in KV und OV werfen lassen.

Die letzte mitgliederoffene Sitzung des OV fand am 18. März 2010 statt. Kommunalpolitische Inhalte, die die Stadtratsarbeit betreffen, werden nicht – wie im Anklageschreiben suggeriert - im OV oder in mitgliederoffenen Treffen ausgehandelt. Eine Reihe machtpolitischer Aktionen lassen sich letztendlich auf Marc-Bernhard Gleißner (Wahlkreismitarbeiter, OV- und KV-Vorstand) und Katrin Werner zurückführen: Gleißner hat den Einwand gegen meine Frau verfasst, den er dann nach ihrer Stellungnahme zurückzog, und lieferte nach eigenen Aussagen für die Kritik an der AG-DIE-LINKE-stadtpolitik-trier im Schreiben vom 18. April 2010 (verschickt von Herbst und Andersen) die Argumente. Katrin Werner (MdB) muss den Antragsteller/innen den Brief von Ulrich Maurer für die Begründung des vorliegenden Parteiausschlussantrags gegen mich zur Verfügung gestellt habe.

### **Überlegungen zu einem Parteiausschlussverfahren gegen Katrin Werner**

Es soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass Genossen bereits vor fast einem halben Jahr ein Parteiausschlussverfahren gegen Katrin Werner in Erwägung gezogen haben. Gründe waren ihr jahrelanger verhindernder Politikstils als KV-Vorsitzende, ihre polarisierende Wirkung im KV Trier-Saarburg, ihre Missachtung des LaVo-Beschlusses im März 2010 und ihre grundlegenden Konflikte auch mit anderen Kreisvorsitzenden. Diese Absicht wurde kreisübergreifend diskutiert und nicht von mir initiiert. Aus Rücksicht auf die Partei und die Wirkung nach außen aufgrund des Bundestagsmandats von Katrin Werner wurde dann allerdings davon Abstand genommen.

Stattdessen wurde parteiintern ein Schreiben an die Bundesspitze verfasst, das von 10 Genoss/inn/en unterschrieben wurde und zusätzlich die Ämterhäufung von Katrin Werner kritisierte. Hier stellte ich mich als Kontaktpartner zur Verfügung und verfasste das Schreiben, weil ich die beste Einschätzung der Situation hatte. Der Brief wurde von den 10 Unterzeichnenden redaktionell überarbeitet. Dieses Schreiben ist der einzige innerparteiliche Brief, über den Katrin Werner nicht in Kenntnis gesetzt wurde.

Viele Genossen in anderen Kreisen unterstützen die Kritikpunkte „voll und ganz“, wie es oft hieß, wollten aber nicht unterschreiben, weil sie um innerparteiliche Repressalien fürchteten. Zudem war der Brief vor der Aufstellung der Landesliste in Kaiserslautern verschickt worden, was viele davon abhielt, sich klar mit ihrem Namen zu positionieren. In dem parteiinternen Schreiben wurde gefordert, dass Katrin als Stadträtin zurücktritt, weil sie bis April in Trier im Grunde als Mandatsträgerin nicht in Erscheinung trat. Grund dafür ist die Häufung von Ämtern als MdB, Landesvizevorsitzende, Kreisvorsitzende, Ortsvorstandsmitglied und Stadträtin, denen sie offensichtlich zunehmend weniger gerecht wird.

Siehe Belege  
oben

[Beleg 4.2.2](#)  
Brief an die Bundespartei-  
spitze  
vom 4.6.2010  
(zum Schutz der  
Genossen und  
Genossinnen ohne  
die 10 Unterschriften)

**Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die fehlenden gemeinsamen Fraktionssitzungen eine inhaltliche politische Diskussion und eine Vorbereitung von Stadtratssitzungen verunmöglichten. Die wenigen OV-Sitzungen und die fehlende sachorientierte Grundhaltung der Aktiven verbunden mit dem Fernhalten und Abschrecken von neuen Mitgliedern erlaubte nicht kommunalpolitische Inhalte zu erarbeiten. Das gelang allerdings auch schon nicht bei der Vorbereitung der Kommunalwahl 2009. OV und KV stellten sich in den Dienst der Bundestagswahl und nun (allein) in den Dienst der Landtagswahl und bislang nicht in den Dienst der Kommunalpolitik in Trier-Saarburg.**

### 4.3. Politische Passivität und Aktivität der Antragsteller/innen

Wie bereits in den Gegendarstellungen zur Fraktion (unter 2.) und zur Arbeitsgemeinschaft (unter 3.) ausführlich dargestellt, sind die Ereignisse von den Antragsteller/innen nur verkürzt und trotz besseren Wissens auch vollkommen falsch dargestellt. Das heißt, die Ereignisse waren teilweise nicht einmal parteiöffentlich, sonst wüssten die Genossen und Genossinnen unter den Antragsteller/innen über alle Ereignisse besser Bescheid, was mit der vollkommen unzureichenden Arbeit der Parteiorgane KV und OV erklärt werden muss.

Einiges wird allerdings auch mit Blick auf die Antragsteller/innen verständlich, die in unterschiedlichem Maß politisch aktiv und politisch passiv waren und so auf unterschiedliche Art und Weise Parteiöffentliches vernehmen konnten. (In letzter Konsequenz ist meine hier vorliegende ausführliche Darlegung dessen, was die Antragsteller/innen alles nicht vernommen hatten oder auch nicht vernennen wollten, eine weitere Form, erneut Parteiöffentlichkeit herzustellen.)

Drei Genossen und Genossinnen, nämlich Göttlicher, Klotz und Schmitt waren im geschilderten Konfliktzeitraum von Januar bis Juni 2010 nicht im Ortsverband politisch aktiv. (Teilnahme Wolfgang Schmitt nur im Februar, in meiner Abwesenheit). Alle fünf Antragsteller/innen gehören nicht in den Kreis der Personen, die in Verhandlungen um die Fraktionsbildung eingebunden waren.

Sie kennen die Ereignisse also nicht aus eigener Anschauung oder verkehren die Sachverhalte interessengeleitet. (Wolfgang Schmitt war m.W. in diesem Jahr sogar häufiger auf einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft DIE-LINKE-stadtpolitiker als auf einer OV-Sitzung.)

Auf den Unterzeichnenden Schmitt trifft interessanterweise der Vorwurf einer kritischen öffentlichen Berichterstattung über DIE LINKE in Trier im Rahmen einer mit dem KV zwischenzeitlich konkurrierenden Gruppierung „Freie Linke Trier“ ebenfalls zu (– wenn es denn auf mich zuträfe ...). Wolfgang Schmitt hat im Jahr 2008 und 2009 in Opposition zum KV Trier-Saarburg im hoch frequentierten Trierer Online-Journal [www.16vor.de](http://www.16vor.de) Presseberichte kommentiert und ohne Diskurs mit den KV-Aktiven die inhaltliche Arbeit des KV öffentlich abgewertet. Alle Kommentare sind unterzeichnet mit „Wolfgang Schmitt, Sprecher der ‘Freien Linken Trier““

Im Programm der Linken im Kreisverband Trier will man die Gewerbesteuer in Trier erhöhen, das macht die Perversion perfekt. ... Leider lässt sich der Vorstand, ich muss mich berichtigen, Teile des Vorstandes, von derartigen wissenschaftlichen Studien nicht beeindrucken. Auch wurde dieses Thema in einer öffentlichen Stadtratssitzung in Trier ausgiebig behandelt, vom Vorstand war da keiner anwesend. (31.12.2009)

Dass die Linken im Rath diesen populistischen Vorschlag der Kulturtaxe zustimmten zeugt von sehr wenig Fachwissen. ... Die Linke handelt hier unlogisch und unsachlich und im Widerspruch zu ihrer eigenen Programmatik, sieht aus wie ein populistischer Schuss ins Blaue, nicht seriös, eher peinlich. (30.1.2010)

Seine Kritik galt vor allem meiner Person. Ich hatte im Jahre 2009 im Vorfeld des Kommunalwahlkampfes seine Mitarbeit im KV Trier-Saarburg mit Unterstützung

Anwesenheitslisten in OV-Protokollen im Januar, Februar und März, Mai erinnert aufgrund der Teilnahme zu Beginn der geschlossenen Sitzung

[Beleg 4.3.1](#)  
Korrektur falscher Behauptungen seitens Schmitt durch Verbeek / Gleißner im Politikforum Scharflinks am 1.1.2009

[Beleg 4.3.2](#)  
Online-Kommentare von Schmitt in 16vor vom 30.12., 31.12.2009, 30.1.2010

[Beleg 4.3.3](#)  
Aktuelle Publikation von Schmitt unter [www.freielinke.de](http://www.freielinke.de)



von Andersen, Gleißner und Werner von einer Unterschrift abhängig gemacht, mittels derer er sich von öffentlich getätigten, antisemitischen Äußerungen distanzieren sollte.

Aufgrund seiner provozierenden Aktivitäten wurde im KV Trier-Saarburg im Jahre 2008 und 2009 immer wieder eine Anzeige bei der Landesschiedsstelle mit den selben Argumenten wie im vorliegenden Fall erwogen, aufgrund seiner Distanz zum KV/OV und seines mehrmonatigen Thailand-Aufenthaltes des Genossen ab Februar 2010 allerdings nicht weiter verfolgt.

In einer Materialsammlung zu Wolfgang Schmitt, die mit der Absicht geführt, ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn einzuleiten hießt es zusammenfassend von Linde Andersen über Wolfgang Schmitt:

Schon damals hätte uns klar sein müssen, dass eine Zusammenarbeit mit einem Parteimitglied, dass uns mitteilt, uns nur an der Nase herumgeführt zu haben und das sie gesetzlichen Bestimmungen nach seinem Geltungsbedürfnis benutzt abgesehen von seinem immer noch beschädigten Ruf als Antisemit – nicht möglich ist.

Aufgrund seines sachpolitischen Interesses informierte sich Wolfgang Schmitt nach seinem Auslandsaufenthalt in einer KV-Sitzung am 4.6.2010 über die AG DIE LINKE-stadtpolitik-trier und erhielt sofort eine Einladung. Er beteiligte sich mit inhaltlichen Beiträgen zu seinen Themen an zwei Treffen. Gleichzeitig publizierte er in 16vor. weiter - nun aber wieder offen gegen meine Person - immer als Sprecher der „Freien Linken Trier“.

Wenige Wochen nach seiner Rückkehr aus seinem mehrmonatigen Auslandsaufenthalt wurde Wolfgang Schmitt Anfang Juli direkt in den neuen KV-Vorstand gewählt. Seine Online-Seite [www.freielinke.de](http://www.freielinke.de) steht zum Verkauf, seine Texte unter [www.freielinke.de](http://www.freielinke.de) sind aber dennoch im Netz weiter verfügbar, auch unter aktuellem Tagesdatum.

Anka Klotz, Linde Andersen, Andreas Göttlicher und Andreas Herbst haben schon einmal kritische Schreiben gegen meine Person oder meine Aktivitäten unterzeichnet, die nicht von ihnen selbst, sondern aufgrund von nachträglichen Selbstaussagen von anderen Schreibern (August 2009: Jung; April 2010: Gleißner) verfasst worden waren.

Alle, mittlerweile fünf Antragsteller/innen gehören allerdings nun dem neuen 11köpfigen Vorstand des KV Trier-Saarburg an, der von nur 13 Personen am 3. Juli gewählt wurde und sich am 23. August konstituiert. Diese Ausführungen machen deutlich, dass die Antragsteller/innen in ihrem Antrag auf Parteiausschluss meiner Person damit auch Interessen des KV-Vorstandes und der KV-Vorsitzenden Katrin Werner vertreten. Dies erklärt auch, weshalb sie in ihrer Schrift Informationen verarbeiten können, die ihnen eigentlich nicht zur Verfügung stehen könnten (z.B. Brief von Ulrich Maurer, vermeintliche Sitzungsinhalte).

**Zusammenfassend lässt sich Folgendes feststellen: Während also zwei Antragsteller/innen keine parteiöffentliche Information im Betrachtungszeitraum haben können, liegen im Falle einiger Antragsteller/innen auch eine persönliche Abneigung als Motivlage vor, weil ich ihr Verhalten in Bezug auf den Fraktions-**

[Beleg 4.3.3a](#)

„Vorgänge zu Schmitt“ von Linde Andersen verschickt am 20.2.2009

[Beleg 4.3.4](#)

Online-Kommentar von Schmitt in 16vor am 5. Juni 2010

Neue KV-Mitglieder unter [www.die-linke-trier.de](http://www.die-linke-trier.de)



**vertrag und die Einhaltung der Grundregeln der Landessatzung (z.B. Linde Andersen) oder überhaupt stellvertretend sein politisches Agieren kritisiert hatte (Wolfgang Schmitt). Oftmals wird emotional reagiert, wie bereits in der Fraktionsfrage deutlich gemacht. Andreas Herbster hat sich später solidarisch mit den Antragssteller/innen erklärt. Nicht zufällig erfolgte das sicher unmittelbar nach einem kurzen E-Mail-Kontakt, in dem ich mir seine Sichtweise der Dinge um das Thema Homepage nicht zueigen machte.**

In einer aktuellen Pressemitteilung des Pressesprechers Harald W. Jürgensonn heißt es für DIE LINKE. Rheinland-Pfalz:

Der Landesvorstand sieht mit Besorgnis, dass das Mittel des Parteiausschluss in der Vergangenheit inflationär eingesetzt wurde; dieses Verhalten entspricht nicht der Philosophie einer pluralistischen Partei wie der LINKEN. Ein angestrebtes Parteiausschlussverfahren kann und darf kein Mittel zur Durchsetzung singulärer politischer und persönlicher Interessen sein.

Beleg 4.3.5  
Pressemitteilung  
und Kreis-Info  
1808210 vom  
18.8.2010

#### 4.4. Innerparteiliche Problemlösungsversuche meinerseits

In der Anklageschrift wird versäumt darzustellen, dass ich vor dem Hintergrund der Kommunikationslosigkeit, geringen Zuverlässigkeit und der fehlenden Bindung an den Fraktionsvertrag eine Vielzahl innerparteilicher Lösungsversuche getätigt hatte. Sie sind – weil sie schon vielfach an verschiedenen Stellen der Gegendarstellung ausgeführt worden sind – hier nur aufgelistet. Die Problemlösungsversuche sind ergänzt durch zwei nachhaltige Beispiele, wie ich mich nach dem LaVo-Beschluss im März 2010 daran gehalten habe, keine Presseöffentlichkeit herzustellen. (Dafür stellte sie der OV dann her.)

##### Innerparteiliche Lösungsversuche in Vorstandssitzungen seit Januar 2010

- Gesprächsangebote an Katrin Werner (s.u.)
- Bericht über die Situation der Fraktion (Januar 2010)
- Bericht gegenüber dem Landesvorstand (Februar 2010)
- Brief von 10 Genossen und Genossinnen an die Bundespartei Spitze (Juni 2010)
- Eingabe an die Landesschiedsstelle (wegen Beschluss des OV im Mai 2010, mangelnde Protokollzustellung durch Schriftführer Gleißner im Juni 2010, beide bislang unbearbeitet)
- Meine aktuelle umfangreiche Gegendarstellung zum Ausschlussantrag von Andersen et al stellt im Grunde einen innerparteilichen Lösungsversuch dar, weil er die fünf Antragsstellerinnen über Ereignisse noch informiert oder sie daran erinnert.

Belege sind bereits erfolgt

Eingaben an die Landesschiedsstelle am 18.5. 2010 und am 1.6.2010

Vorliegende Gegendarstellung im Parteiausschlussverfahren

##### Gesprächsangebote an Katrin Werner seit Januar 2010

- Fraktionssitzungen laut Fraktionsvertrag (wöchentlich von September bis März 2010)
- Über 100 E-Mails zu den gemeinsamen Kooperationsaufgaben als KV-Vorsitzender und im Stadtrat (Januar bis Juli 2010)
- Arbeitsgemeinschaft DIE-LINKE-stadtpolitik-trier.de als Übergangsmo- dell bis zu einer Fraktionsneubildung (April 2010)
- Gesprächsangebot durch eine selbstfinanzierte Berlinfahrt meinerseits (Juni 2010)
- Vorschlag professioneller Moderationsgespräche (Juli 2010)
- Einladung zu einem persönlichen Gespräch in einem Cafe ihrer Wahl (Juli 2010)

Belege sind bereits erfolgt.

[Beleg 4.4.1](#)  
Unbeantwortete E-Mail an Katrin Werner vom 31. 7. 2010

##### Abwendung von Presseöffentlichkeit im März und April 2010

- Unmittelbar nach der Landesvorstandssitzung im März 2010 rief mich ein Filmteam des SWF aus Mainz an, es wolle über die Konflikte in Trier und Ludwigshafen einen kleinen Filmbeitrag aufnehmen, der dann in dem Bericht über den LaVo-Beschluss in der Landesschau gesendet würde. Diese Öffentlichkeitsarbeit war mit der Landesspitze (Alexander Ulrich), die sich

Kein Filmbeitrag nach dem LaVo-Beschluss Mitte März

selbst mit einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit wandte, abgesprochen. Während das Filmteam von Mainz nach Trier anreiste, erreichte mich die neue Entscheidung der Landesspitze (Pressesprecher Jochen Bülow), doch keinen Presse- und Medienbeitrag zu liefern. Ich schickte das Filmteam nach 3 Stunden Anfahrt an meiner Haustür wieder zurück nach Mainz.

- Presseberichte entstehen auch durch Recherche-Aktivitäten der TV-Redakteure. Informationsquellen sind hierfür z.B. Online-Foren oder andere Personen, die dem TV Informationen zutragen. Gegen den TV-Bericht von Frau Christiane Wolff über Neu-Mitglieder im KV-Trier-Saarburg wollte ich mit Hilfe meines Rechtsanwaltes eine einstweilige Verfügung gegen die Veröffentlichung erreichen, was aber nicht gelang. In einer E-Mail, die meine Frau an den Volksfreund schickte, heißt es:

Hiermit bitte ich Sie, mich nicht namentlich in einem Artikel über die Linke in Trier zu erwähnen. Dies gilt vor allem dann, wenn Sie keine Information von mir selbst haben! In den letzten Monaten überwiegen leider Artikel, die keine ausgewogene Darstellung der Sachverhalte zeigen [...] In unserer Familie (z.B. auch bei unseren Kindern!) sind mittlerweile Grenzen der Belastbarkeit überschritten!

Ich kommentierte die Veröffentlichung sogar kritisch auf meiner Homepage, obgleich der Bericht meine Position im KV Trier-Saarburg positiv darstellte!

Telefonische Intervention der Anwaltskanzlei Diesel, Schmitt und Ammer gegen einen TV-Bericht

[Beleg 4.4.2](#)  
E-Mail-Verkehr mit Frau Christiane Wolff an TV

[Beleg 4.4.3](#)  
Text auf meiner Homepage: TV überschreitet ethische Grenzen (18.4.2010)

**Zusammenfassen lässt sich feststellen, dass ich zahllose parteiinterne Lösungsversuche initiiert habe, die auf eine Wand des Schweigens trafen. Dies gilt für den OV, den KV und auch für den Landesvorstand für einen gewissen Zeitraum sowie auch für den Bundesvorstand.**

**Zudem habe ich mich oft gegen die Veröffentlichung von Information gewendet. Dabei ging es mir nicht nur um meine Person, sondern um den Ruf der LINKEN in Trier. All diese Initiativen werden in der Begründung des Ausschlussantrags nicht erwähnt. Dass viele Pressemitteilungen gar nicht auf meine Person zurückgehen, wird im Folgenden ausgeführt.**

#### 4.5. Öffentliche Kommunikation als Ausdruck innerparteilicher Konflikte

In der Begründung des Parteiausschlussantrags wird der Eindruck erweckt, dass ich die Presse einsetzen könnte. Der Abschnitt 4.5. zeigt, dass ich mit TV-Redakteuren noch im April 2010 massive Konflikte austrug, sei es um die Veröffentlichung von Namen von Neu-Mitgliedern oder mit dem Redakteur Dieter Lintz wegen seines reißerischen journalistischen Stils, der mich mit einer emotionalen Äußerung über Frau Werner, die ich in einer nachträglichen Presseerklärung sogar zurücknahm, in der öffentlichen Wahrnehmung in Misskredit brachte. Bei diesen Auseinandersetzungen ging es mir verständlicherweise auch um mich, aber immer auch um den Ruf der LINKEN in Trier, die ich als Mandatsträger mit repräsentiere.

Im Zusammenhang mit der negativen Presse habe ich natürlich auch ein Interesse entwickelt, die öffentliche Wahrnehmung der LINKEN und natürlich auch die meiner Person zu korrigieren. Der persönliche Hintergrund dafür ist sehr einfach: Ich bin täglich mit Hunderten von jungen Menschen in Kontakt, deren Eltern die Zeitung lesen, meine 100 Kollegen am Max-Planck-Gymnasium in Trier sind TV-Leser/innen. Zudem ist mir die Presse um meine Privatperson unangenehm und beeinträchtigt auch meine Familie.

Deshalb sei in diesem Zusammenhang auch die zunehmend sachpolitische Präsenz über die Stadt-ratsarbeit im Auftrag der Partei DIE LINKE erwähnt, die ein positives Bild einer aktiven LINKEN vermittelt. (Die Kooperation mit Katrin Werner und die Entwicklung eines gemeinsamen öffentlichen Auftritts konnte ich ja nicht beeinflussen, da sie trotz andauernder Gesprächsangebote nicht mit mir kommunizierte.)

Im Folgenden werden die Presseberichte im Trierischen Volksfreund seit Januar 2010 bis vor dem Ausschlussverfahren den Informationsquellen zugeordnet. Es zeigt sich, dass die Medienöffentlichkeit der LINKEN in Konfliktdarstellungen (ohne die sachpolitischen Artikel) viele Quellen hat, die wenigsten absichtsvoll von mir.

##### Presseinitiativen von mir

Rücktritt als KV-Vorsitzender (Mai 2010)

<http://www.volksfreund.de/totallokal/trier/Heute-in-der-Trierer-Zeitung-aufm-Trier-Linke-Katrin-Werner-Kreisverband-Ortsverband-Politik-Stadtrat-R-252-cktritt;art754,2442453> (12.5.2010)

Ultimatum des OV's (Mai 2010)

<http://www.volksfreund.de/totallokal/trier/Heute-in-der-Trierer-Zeitung-aufm-Trier-Linkspartei-Die-Linke-8221-Ultimatum-Stadtrat-Johannes-Verbeek-8221-Katrin-Werner-8221-;art754,2443900> (14.5.2010)

##### Presseinitiativen von Gleißner, Werner, Kanty oder OV seit Januar 2010

Werner: Fraktionsaustritt (März 2010)

<http://www.volksfreund.de/totallokal/region/Region-Trier-Stadtrat-Linke-Fraktion-Katrin-Werner-Johannes-Verbeek-Trierer-Linken-Fraktion-bricht-auseinander;art1129,2379653> (8.3.2010)

Ortsvorstand: OV-Vorsitzender Wöfl über parteiinternen Beschluss (März 2010)

<http://www.volksfreund.de/totallokal/trier/Heute-in-der-Trierer-Zeitung-aufm-Trier-Linke-Linkspartei-Katrin-Werner-Gregor-Gysi-Johannes-Verbeek-Politik-Stadtrat-Fraktion;art754,2391646> (19.3.2010)

<http://www.volksfreund.de/totallokal/region/Region-Trier-Linke-Werner-Katrin-Werner-Die-Linke-will-Fraktionsstatus-zurueck;art1129,2390849> (18.3.2010)

Kanty: Rücktritt (April 2010)

<http://www.volksfreund.de/totallokal/trier/Heute-in-der-Trierer-Zeitung-aufm2-Trier-Linke-Querelen-Ruecktritt-Partei;art754,2404743> (2.4.2010)

## Rechercheergebnisse des TV

Der Arbeitsgerichtsprozess zwischen Kanty und Der Linksfraktion dem Trierischen Volksfreund durch den Aushang im Gericht bekannt. Im Gericht recherchierte ein Praktikant des TV (November 2010)

Berichterstattung nach dem LaVo-Beschluss (März 2010)

<http://www.volksfreund.de/totallokal/region/Region-linke-trier-politik-parteien-Linke-Landesvorstand-legt-Trierer-Ratsmitglied-Katrin-Werner-Ruecktritt-nahe;art1129,2385607>

<http://www.volksfreund.de/totallokal/trier/Kurz;art777,2384542>

Neueintritte und Einsprüche (April 2010)

<http://www.volksfreund.de/totallokal/region/Region-trier-linke-stadtrat-Johannes-Verbeek-Konstantin-Kanty-zoff-streit-Verbeek-Fluegel-Linke-Parteisplaltung-setzt-sich-fort;art1129,2410691>

Information auf meiner Homepage über Online-Beschimpfungen (Juli 2010)

<http://www.volksfreund.de/totallokal/region/Region-linke-trier-linkspartei-beleidigung-Johannes-Verbeek-anzeige-erstattet-Linken-Politiker-erstattet-Anzeigen-wegen-Beleidigung;art1129,2506736>

Kritik auf meiner Homepage an Berlinfahrt ohne mich (Juli 2010)

<http://www.volksfreund.de/totallokal/trier/Heute-in-der-Trierer-Zeitung-Trier-Berlin-Linkspartei-Die-Linke-Katrin-Werner-Johannes-Verbeek-Stadtrat-Politik;art754,2493093>

Da ich gemerkt habe, dass drei Artikel auf meiner Homepage in zeitlicher Dichte und ohne meine Einwilligung(!) 1:1 als Quelle für TV-Artikel verwendet werden, habe ich meine Öffentlichkeitsarbeit auf der Homepage seit August daran angepasst. Das habe ich unabhängig von dem Parteiausschlussverfahren entschieden. Ich will die Online-Beiträge auf meiner Homepage nicht als Pressemitteilungen im Sommerloch missbraucht wissen. Deshalb habe ich z.B. den Artikel über die Verhinderungspolitik gegenüber der AG DIE-LINKE-Stadtpolitik wieder aus dem Netz genommen und den Artikel über die Berlinfahrt korrigiert.

Den Presseartikeln über die KV- und Fraktionskonflikte steht eine Vielzahl an Artikeln (seit Januar 2010) gegenüber, die mein inhaltliches Engagement im Stadtrat Trier dokumentieren. Seit Januar 2010 sind allein im Trierischen Volksfreund 16 sachpolitische Artikel erschienen, in denen die mit kooperierenden Genossen abgesprochenen politischen Positionen (teilweise auch wörtlich zitiert) erwähnt werden, was einer guten Medienpräsenz mit Sachthemen (trotz der internen Querelen) entspricht.

Kommunalpolitische Beiträge als Stadtrat für DIE LINKE im TV: 19.1., 27.1., 28.1., 29.1. (2), 4.3., 8.3., 12.4., 7.5., 12.5.(2), 31.5., 28.6., 30.6., 19.7., 29.7. 2010

In der mir gegenüber eher kritischen Berichterstattung des Marcus Stoelb und in der weniger tagespolitisch orientierten Online-Zeitung [www.16.vor.de](http://www.16.vor.de) sind es immerhin acht Artikel über sachpolitische Zusammenhänge seit Anfang des Jahres

**Es wäre vollkommen unzulänglich davon auszugehen, dass die Medienpräsenz allein durch Pressemitteilungen meinerseits erfolgt sei. Im Anklageschreiben ist dies allerdings auch nur eine Behauptung ohne Belege.**

**Die mittlerweile positive Presse in Bezug auf meine kommunalpolitische Arbeit für DIE LINKE, die offen in Zusammenarbeit mit Genossen und Genossinnen entsteht, kann nicht dahingehend interpretiert werden, dass ich die Presse medienwirksam einzusetzen wüsste, wie es behauptet wird. Statt diese positive Presse für die kommunalpolitische Arbeit der Partei zu würdigen, schreiben die Antragsteller/innen von einer parteischädigenden Wirkung meiner Person auch deshalb, weil sie genau diese Sachkompetenz in der Wahrnehmung meiner Person ausklammern.**

**Durch die politischen Ereignisse bin auch ich ununterbrochen mit einer von mir nicht initiierten Pressewahrnehmung meiner Position in der LINKEN konfrontiert. Ich käme im Gegensatz zu den Antragsteller/innen aber nicht auf die Idee, die Falschaussagen in der Presseöffentlichkeit über mich durch die mir gegenüber so kritischen Genoss/inn/en zum Anlass für ein Parteiausschlussverfahren ihrerseits zu nehmen!**

#### 4.6. (Behinderte) Öffentlichkeitsarbeit als KV-Vorsitzender und Stadtrat

Neben der Behinderung innerparteilicher Kommunikation durch Nicht-Reagieren wurde auch über ein Jahr lang meine Öffentlichkeitsarbeit als KV-Vorsitzender und Fraktionsvorsitzender ausgebremst.

Ich habe bereits im September 2009, seit Beginn der Fraktion der Linken im Stadtrat, einen Internetauftritt für die Fraktion einrichten wollen. Da alle finanziellen Entscheidungen zu zweit getroffen werden mussten, wurde dies von Stadträtin Katrin Werner aus Motiven, über die gerne spekuliert werden kann, durch Verzögerung vereitelt. Als sie ihr Wahlkreisbüro etabliert hatte, entstand von ihr in Kooperation mit Andreas Herbst als Webmaster unter [www.die-linke-trier.de](http://www.die-linke-trier.de) (und am heutigen 19.7.2010 noch erreichbar unter [www.linksfraktion-trier.de](http://www.linksfraktion-trier.de)!) die Internetpräsenz des Wahlkreisbüros, die auch Information über den KV, den OV und den Stadtrat liefern sollte.

Meine Anfragen, auf dieser Seite [www.die-linke-trier.de](http://www.die-linke-trier.de) publizieren zu wollen und meine Anregungen zur Gestaltung einer separaten Fraktionsunterseite wurden abgewiegelt. Ich war als Kreisvorsitzender in die Planung der Website nicht mit eingebunden, nicht informiert und durch Treffen zu Fraktionszeiten abgehalten.

In meinem transparenten Politikverständnis behindert legte ich im Januar 2010 eine eigene Website an, um meine politischen Inhalte nun publizieren zu können. Nach der Veröffentlichung meiner Homepage stellte ich – immerhin als KV-Vorsitzender und Stadtrat (!) – dann schriftlich den Antrag bei Katrin Werner, dass – wenn ich schon nicht veröffentlichen konnte - von der Seite [www.die-linke-trier.de](http://www.die-linke-trier.de) auf [www.johannes-verbeek.de](http://www.johannes-verbeek.de) verlinkt würde. Von Katrin Werner erhielt ich – wie immer - keine Antwort, vom Genossen Kanty den schriftlichen Hinweis, dass es einen Unterschied zwischen der persönlichen Homepage einer MdB und eines Stadtrats gäbe. Und natürlich den beliebten Hinweis, dass alles noch besprochen würde, was aber nie passierte.

Als sich im Mai 2010 dann bemerkte, dass mit der ersten verbalen Äußerung von Katrin Werner im Stadtrat plötzlich ein Untermenüpunkt „Stadtrat“ auf der Seite [www.die-linke-trier.de](http://www.die-linke-trier.de) erschien, bat ich – immerhin Stadtrat für DIE LINKE in Trier - wieder schriftlich darum, an dieser Stelle ebenfalls publizieren zu dürfen. Von Frau Werner kam ich keine Antwort, der Webmaster Herbst wiegelte ab.

Hallo Johannes,  
stimmt euch bitte untereinander ab - mein Vorschlag wäre das man die Inhalte an das Lektorat (Marc-Bernhard?) schickt und anschließend an mich weiterleitet. Bitte bedenkt dabei das ich momentan nicht super schnell reagieren kann, Termine o.ä. am besten 2-3 Wochen im Voraus zuschicken damit es auch klappt mit dem rechtzeitigen publizieren.  
Viele Grüße  
Andy

Ein Beispiel der (vielleicht nicht einmal bewussten) Verzögerung, die nur ohne Kenntnis des Drucks von Tagespolitik erfolgt. Was habe ich davon – und was hat DIE LINKE für eine Öffentlichkeit (?) - wenn ein Kommentar im Rahmen der Stadtratstätigkeit erst 2-3 Wochen später eingestellt wird.

[www.die-linke-trier.de](http://www.die-linke-trier.de)

**Beleg 4.6.1**  
Text: Zur Internetpräsenz linker Politik im Rat

Siehe Beleg 2.1  
E-Mail von  
Konstadin Kanty  
vom 18.1.2010

Mitteilung von  
Webmaster  
Konstadin Kanty  
(nicht belegt)

**Beleg 4.6.2**  
E-Mail Kontakt  
vom 18. und 19.  
5. 2010



Es sei an dieser Stelle betont, dass Andreas Herbst sich in besonderem Maße um einen Austausch mit mir bemüht hat und alle meine Anfragen beantwortete. Er ist da eine absolute Ausnahme. Trotz allem Verständnis in Mails zeigte er nie ein Engagement als Webmaster des KV, der meine berechtigten Interessen als KV-Vorsitzender und als Stadtrat berücksichtigte.

Beleg 4.6.3.  
E-Mail vom  
19.4.2010

Katrin Werner hat seit März 2010 mehrmals versucht, gegen meine Homepage anzugehen: Beim Landesvorstand stellte sie diese – noch ausgerüstet mit zwei Ordnern Datenmaterial gegen mich - am Laptop sogar vor und hoffte um Zustimmung gegen die angeblich unlautere Veröffentlichung (damals noch einiger weniger Beiträge), hatte damit allerdings bei den Genossen und Genossinnen im Landesvorstand keinen Erfolg. Zwischenzeitlich war von der Landesseite [www.die-linke-rlp.de](http://www.die-linke-rlp.de) sogar ein Link auf meine Seite gesetzt worden, gegen den sie sich ebenfalls kritisch aussprach.

Mündliche Mitteilung mehrerer Genossen des LaVo

Während der KV bis heute nicht verlinkt, habe andere KVs selbstverständlich einen Link auf meine Homepage gesetzt. Ein aktueller Versuch, die Veröffentlichung verschiedene Inhalte auf der KV-Seite anzuregen, wurden übrigens wieder nicht beantwortet.

Beleg 4.6.4.  
E-Mail von Karl-Georg Schroll am 27.7.2010 E-

Beleg 4.6.5  
E-Mail vom  
30.7.2010

**Die Verzögerungen und die Behinderung, an der Öffentlichkeitsarbeit der LINKEN in Trier mitzuarbeiten und diese mit zu beeinflussen, muss bei meinem politischen Engagement und der Bedeutung, die ich der Transparenz gegenüber Genoss/inn/en und Wähler/inn/en zeigen möchte, zwangsläufig zur Folge, sich in der Öffentlichkeitsarbeit eigene Wege zu suchen. Dies ist über die Seite [www.johannes-verbeek.de](http://www.johannes-verbeek.de) und [www.DIE-LINKE-stadtpolitik-trier.de](http://www.DIE-LINKE-stadtpolitik-trier.de) geschehen. Das Angebot, diese zu vernetzen, wurde von Katrin Werner von Beginn an vereitelt.**

**Mit der eigenen Seite ergab sich zwangsläufig auch die Notwendigkeit, sich zu positionieren. Hätte ich so tun sollen, als sei ich in einer gut funktionierenden Fraktion und mit kooperierenden Genossen aktiv? Das wäre kaum glaubwürdig gewesen.**

**Wie auch auf anderen KV-Seiten übrigens üblich, sind meine Kommentare zur politischen Lage als meine Meinung gekennzeichnet und von Sachthemen durch einen eigenen Untermenüpunkt getrennt dargestellt.**

#### 4.7. Gegendarstellung an einzelnen Textstellen zum Thema

Seit der Wahl in den Trierer Stadtrat bringt Dr. Johannes Verbeek parteiinterne Konflikte in die Öffentlichkeit. Seine Debüt-Rede im Trierer Stadtrat war zum Beispiel eine Abrechnung mit der eigenen Partei. Einem Gespräch über die Zusammenarbeit zwischen OV und Stadtratsarbeit hatte er sich immer entsagt. Dem demokratischen Votum des Willens der OV-Mitglieder lehnte er ab. Beispielsweise in der Absprache über die Besetzung von Ausschüssen. Gab es eine Mehrheit gegen Dr. Johannes Verbeek nutzte er die Medien als Machtinstanz von außen, um seine Position zu stärken und die der Partei zu schwächen. Die Presseberichte des letzten Jahres dokumentieren dies.

***Die Aussagen in Zeile 1-3 sind haltlos: Meine erste Rede im Stadtrat sei eine Abrechnung mit der eigenen Partei gewesen.***

Hier handelt es sich um eine bloße Meinungsäußerung der Verfasser/innen. Es gibt auch andere Interpretationen meiner Rede zur konstituierenden Sitzung des Stadtrats, die demokratische Grundsätze thematisierte. Vorausgegangen war bereits eine negative Presseöffentlichkeit, die es in der Rede zu relativieren und zu begegnen galt. (Übrigens: Es zeigt sich hier wieder eine Verwechslung von „Partei“ und „Personen“, die sich auch nicht parteigemäß verhalten können.)

***Die Aussagen in Zeile 3-5 sind falsch: Ich hätte mich einem Gespräch über die Zusammenarbeit mit dem OV immer entsagt.***

Die Einschätzung, ich arbeitete nicht mit dem OV zusammen, wurde bereits in der Gegendarstellung zum Thema „Fraktion“ ausführlich widerlegt. Hier sei noch einmal wiederholt, dass ich mich der Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und OV nicht entsage. Der OV tagte im Januar, Februar und März meines Wissens nach jeweils nur einmal. Im Mai wurde die Sitzung als geschlossen daktariert. Für die Sitzung im Januar hatte ich eine lange Rede vorbereitet und gehalten. Im Februar war ich krankgeschrieben und nahm nicht teil. Im März habe ich entschuldigt, etwas später teilgenommen. Am 1. Mai hatte ich Roland Wölfel per E-Mail die Vorstellung des Arbeitskreises vorgeschlagen und ein regelmäßiges Informieren über die Stadtratsaktivitäten angeboten. In der OV-Sitzung im Mai wurde ich des Wahlkreisbüros verwiesen.

Ich habe allerdings über einige Sachverhalte – wie auch andere Genossen und Genossinnen – andere Meinungen als die Antragsteller/innen. Gegebenfalls erleben die Schreiber/innen andere Meinungen als Entsolidarisierung, obgleich es sich nur um Diskussionsbeiträge handelt, was in einer Demokratie gemeinhin als legitime Meinungsäußerung gewertet wird.

***Die Aussage in Zeile 4-5 gibt die Problemlage nicht wieder: Ich lehnte das demokratische Votum im OV ab, wenn es nicht satzungsgemäß erfolgte.***

Die Aufgaben von Kreis- und Ortsverbänden laut Bundessatzung geben keinen Aufschluss darüber, dass Ausschussmitglieder vom OV besetzt werden. Das wurde einleitend in der Gegendarstellung zur Fraktion bereits dargelegt.

Vgl. Belege unter 2. Gegendarstellung Fraktion

Belege siehe unter 2. Gegendarstellung Fraktion

Aufgaben von Kreis- und Ortsverbänden unter [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

**So hatte und habe bis heute z.B. eine gänzlich unterschiedliche Vorstellung von der Besetzung von Ausschüssen und Gremien wie meine Fraktionskollegen Gleißner und dann Werner.**

Katrin Werner und Marc-Bernhard Gleißner wollten nicht – wie in jeder anderen Partei zur Erhöhung der argumentativen Durchsetzungskraft - Vertreterposten kompetenzorientiert besetzen.

Die sehr wohl (satzungswidrig) nach dem Willen des OV ohne Bewerbungsverfahren in meiner Abwesenheit während eines einwöchigen (!) Sommerurlaubs 2009 getätigte Besetzung von Ausschüssen seitens Gleißner hat sich bis heute als sehr ungünstig erwiesen, weil namentlich Andersen, Kanty und Gleißner den Fraktionsvertrag nicht verlässlich einhalten, wie oben unter Gegendarstellung zur Fraktion ausführlich dargestellt wurde. Der von Werner und Gleißner unterstützte Berufsschüler Konstantin Kanty ist mittlerweile aus der Partei ausgetreten. Meine Frau, Psychologin und Berufsschullehrerin hatte sich ebenfalls beworben, durfte sich aber nicht einmal im OV vorstellen. Sie ist mittlerweile (gegen Widerstände) Parteimitglied und publiziert langjährig berufserfahren für die Arbeitsgemeinschaft zu schulischen, sozialen und pädagogischen Themen. Deutlich eklatanter ist das Versäumnis, den langjährigen Genossen und promovierten Verkehrsplaner Dr. Karl-Georg Schroll aus Gremien heraushalten zu wollen. Er wurde nicht für den Aufsichtsrat der SWT ausgewählt - ein Posten, der Linde Andersen übertragen wurde, die den Fraktionsvertrag nicht einhält und aufgrund persönlicher Unpässlichkeiten und einer stark psychologisierenden Beziehungsgestaltung immer wieder wechselnde Loyalitäten mit unterschiedlichen Genossen und Auszeiten aus der Fraktionsarbeit nimmt.

***Die Aussagen in Zeile 6ff sind haltlos und falsch: Die gesamte Presse im letzten Jahr sei auf meine Instrumentalisierung der Presse zurückzuführen.***

Hier liegen wieder Einschätzungen vor, die die vorurteilsbehaftete Sichtweise der Schreiber/innen darstellen, die bereits oben unter 4.5. auf den Boden des Tatsächlichen gebracht wurde.

Dr. Johannes Verbeek nicht nur die Kreispartei, sondern auch andere Kreisverbände sowie den Landesverband an. Durch sein ständiges Herstellen von Öffentlichkeit schadet er der Partei in einem immensen Maße.

Der Versuch eine Kompromisslösung wurde vom KV stets angestrebt, Dr. Johannes Verbeek hat sich dieser jedoch ständig und öffentlichkeitswirksam widersagt. Dies geschah stets unter Schädigung der Partei.

***Die Zeilen 1-3 sind einfache Behauptungen und werden von den aktuellen Ereignissen in der Landespartei und zwischen ihren Vertreter/innen ad absurdum geführt.***

Dazu gehe ich unter Punkt 6.3 „Landtagswahlkampf“ ausführlicher ein. Hier nur der Hinweis auf das Interview mit Robert Drumm („Ich habe auch kandidiert, um Ulrich zu ärgern“) und ein aktueller Kommentar aus DER RHEINPFALZ vom 19.8.2010.

Fraktionsvertrag

Vgl. Materialsammlung von Linde Andersen gegen Schmitt 2009 und 2010 gemeinsame Unterschrift unter ein Parteiausschlussverfahren gegen mich!

[Beleg 4.7.1](#)  
Interview von Robert Drumm vom August 2010

[Beleg 4.7.2](#)  
Kommentar in DER RHEINPFALZ vom 19.8.2010

**Die Zeilen 4-6 können von mir überhaupt nicht eingeordnet werden.**

KV-Protokolle sind mir trotz Nachfrage vor zwei Wochen z.Zt noch nicht zugänglich gemacht worden. Ich erhalte sie nach drei Verzögerungs-E-Mails und trotz persönlicher Ansprache während eines Treffens im Schulträgersausschuss frühestens erst am 25. August 2010, also zu spät für die Rekonstruktion der Ereignisse in einer Gegendarstellung.

KV-Protokolle liegen nicht vor!

Seit Dr. Johannes Verbeek öffentlich den Rücktritt von Katrin Werner forderte und sie öffentlich als „krank und therapiebedürftig“ denunzierte, forderte der Landesvorstand Dr. Johannes Verbeek auf, nicht an die Presse oder Öffentlichkeit mit parteiinternen Konflikten zu gehen. Diesem kam Dr. Johannes Verbeek jedoch nicht nach. In seinem letzten veröffentlichten Kommentar schreibt er (ANLAGE 9):

**Der gesamte logische Zusammenhang stimmt nicht und die Fakten nach dem LaVo-Beschluss sind verkürzt dargestellt**

Meine umstrittenen Äußerungen zu Frau Werner sind eine Stunde nach der Information über die Fraktionsauflösung durch die Stadtverwaltung (!) in höchster emotionaler Aufregung gefallen! Sie erfolgten in einem wenig an der Sache und mehr an der Beziehung interessierten Befragungsstil von dem TV-Redakteur Dieter Lintz.

Es ist mir nämlich nicht möglich, als Lehrer an der Schule morgens E-Mails zu lesen. Ich habe dort kein Büro und natürlich ganz andere Aufgaben!

Es ärgert mich in hohem Maße, dass ein Reporter des Trierischen Volksfreundes meine emotionale Erregung unmittelbar nachdem ich nur über die Stadt und über die Presse (!!) erfahren hatte, dass Frau Werner die Fraktion aufgekündigt hatte, ausnutzte, um eine reißerische Berichterstattung zu platzieren, die unabhängig von meiner Entgleisung sehr viel Kritik erntete.

Ich habe mich nur einmalig – eben an dieser Stelle - despektierlich über Frau Werner geäußert, bin allerdings ein entschiedener Kritiker ihres Politikstils, wenn dieser so bleibt. Die zwei Stunden später schriftlich nachgereichte Presseerklärung konnte nicht mehr in den Artikel von Dieter Lintz eingearbeitet werden.

**Die Aussage, ich hätte den LaVo-Beschluss nicht eingehalten, entspricht nicht der Wahrheit.**

Wie ich bereits unter 4.5. ausführlich dargestellt, hatte habe ich sogar ein Filmteam nach Hause geschickt und im März und April keine Pressegespräche geführt. Vom Rücktritt Kantys habe ich per Handy im Urlaub erfahren. Es ist immer wieder auch zu lesen, dass ich nicht zu erreichen war.

Leider musste ich im März und April aber erkennen, dass dieser LAVO-Beschluss für den OV keine Bedeutung hatte: Nicht satzungsgemäß zustande gekommene Beschlüsse, wie der vom 18. März 2010, der mir knapp verlesen wurde, kamen der Presse zu. Auch der Rücktritt von Konstantin Kanty (Ortsverband-Vorsitzender) Anfang April erfolgte unter übelster Beschimpfung meiner Person in Print-und Online-Medien! Das hat mich allerdings entsetzt.

#### 4.8. Stellungnahme zu meiner (kritisierten) Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit von KV / OV

Dass seine Kritik aber nur eine Verabsolutierung seiner Wahrnehmung ist, zeigt auch der Bericht „Verpasste Chance einer Berlinfahrt“, dort schreibt er (ANLAGE 8):

**Die auf dieses Zitat folgenden Ausführungen in der Anklageschrift stimmen, nicht allerdings die Einschätzung, ich leide an einer „Verabsolutierung meiner Wahrnehmung“**

Hier haben die Genossen mich auf einen Fehler aufmerksam gemacht, den ich sofort nach Eingang meines Parteiausschlussverfahrens korrigiert habe. Es handelt sich m.E. aber um ein marginales Versäumnis im Kontext der Konflikte, die an der Grundaussage, dass mein Angebot, zu einem Gespräch über die Fraktionsbildung nach Berlin zu kommen, ignoriert wurde, nichts grundsätzlich ändert. Ich hätte mir gewünscht, meine Genossen hätten mich auf diesen Fehler einfach per E-Mail aufmerksam gemacht!

Wäre Katrin Werner wirklich an einem Gespräch mit mir in Berlin interessiert gewesen, hätte sie mich auf die Möglichkeit einer Busfahrt aufmerksam machen müssen.

Obwohl der Termin sechs Wochen im Voraus kommuniziert wurde und vier Wochen vor der Vorstandswahl noch ein Mal bestätigt wurde, wird dem Kreisvorstand medienöffentlich Intransparenz vorgeworfen, bewusste Zurückhaltung von Informationen sowie bewusste Nicht-Information der Presse. Dem Kreisvorstand, namentlich Katrin Werner und Marcus Bernhard Gleißner wird eine „Politik der geschlossenen Gesellschaften“ vorgeworfen.

***Es trifft zu, dass ich die Informationspolitik für Genossen und Genossinnen seitens des KV im Betrachtungszeitraum kritisiere.***

Diese Einschätzung meinerseits basiert auf einer mehrjährigen Erfahrung mit kurzfristiger Planung. Als Beispiel sei die Information über den 1. Mai aufgeführt, oder auch die kurzfristige An- und Absage von KV-Sitzungen auch in Abhängigkeit von der An- und Abwesenheit von Katrin Werner in Trier. Meine Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit des KV im Betrachtungszeitraum halte ich aufrecht. Ich erhielt von Marcus Stölb von [www.16.vor.de](http://www.16.vor.de) eine verärgerte Anfrage, weshalb bei der KV-Wahl keine Pressevertreter/innen eingeladen wurden, auch der TV kritisierte dies in einem Bericht.

Erst jetzt, seit August 2010 – eventuell wieder vor dem Hintergrund laut gewordener Kritik – wird der Termin einer KV-Sitzung auf die Homepage gesetzt und nicht in undurchsichtigen E-Mail-Aktionen angesagt, abgesagt, verschoben oder fallen gelassen, wie es das vergangene Jahr prägte. Zudem ist es trotz mehrfacher Anfragen nicht gelungen, die Herausgeberin der Website Katrin Werner davon zu überzeugen, dass Sitzungstermine auf der Homepage angekündigt werden müssen, damit der KV sich mitgliederoffen zeigt. Dies gilt vor allem dann, wenn regelmäßige Sitzungstermine nicht erkennbar sind, kurzfristig anberaumt und kurzfristig wieder abgesagt

[Beleg 4.8.1](#)  
Korrigierter Online-Kommentar vom 30. Juli 2010

[Beleg 4.8.2](#)  
E-Mail vom 28.4.2010 von Gleißner auf eine Anfrage zum 1. Mai 2010

[Beleg 4.8.3](#)  
Screenshot von [www.die-linketrier.com](http://www.die-linketrier.com) am 13.8.2010

[Beleg 4.8.4](#)  
E-Mail von Marcus Bernhard-Gleißner vom 4.9.2010 (nur ein Beispiel)

werden, weil nicht die gewünschten Mitglieder präsent wären.

***Für den Betrachtungszeitraum halte ich meine Kritik an fehlender Mitgliederoffenheit aufrecht.***

Die Kritik gegenüber dem OV und Katrin Werner, eine „Politik der geschlossenen Gesellschaften“ zu veranstalten, basiert auf meinen Erfahrungen mit dem OV am 18. März 2010 und am 10. Mai 2010 sowie in Bezug auf die „Kommunale Beratung“ im Wahlkreisbüro, zu der ich nicht eingeladen wurde. Ein anderer, eher üblicher Ausdruck ist hierfür „Hinterzimmerpolitik“.

***Jegliche Kritik entfällt, wenn es keine Anlässe mehr gibt.***

***Dazu muss sich in der Parteiarbeit in Trier die Grundhaltung linker Programmatik zeigen, die Landessatzung eingehalten werden und demokratische Strukturen ohne Ausgrenzung von Personen umgesetzt werden.***